

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

03.08.2022

Inhalt

EWN

1 Gaskrise: Appell zum Sparen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 03.08.2022</i>	3
2 Schon Ende Dezember Flüssiggas aus Lubmin? <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 03.08.2022</i>	5
3 AKW kann nicht mehr ans Netz gehen <i>Fränkischer Tag Bamberg, 03.08.2022</i>	6

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 03.08.2022 | S. 6

 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

 Axel Büsssem

DROHENDER GASMANGEL

Gaskrise: Appell zum Sparen

Kabinettsitzung in Schwerin: Chef der Bundesnetzagentur war zugeschaltet. Energiegipfel MV soll am 22. August folgen. Lubmin spielt zentrale Rolle für die Versorgung in Deutschland.

Die Landesregierung will den Bürgern keine strengen Vorgaben zum Gas-Sparen machen. „Ich werde den Menschen nicht vorschreiben, wann und wie lange sie zu duschen haben“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gestern nach einer Kabinettsitzung, zu der auch der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, zugeschaltet war.

Schwesig kündigte an, alle Fragen rund ums Thema Gas sollen bei einem Energiegipfel am 22. August besprochen werden. Kritik, der Termin sei zu spät angesetzt, wies sie zurück. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) etwa hatte in seinem Land schon vor einer Woche zum Gasgipfel geladen. Die Frage, in welchen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft im Falle eines Notstands das Gas abgedreht werden könnte, wurde nicht beantwortet. Vorrangig sei zunächst, den Notstand möglichst abzuwenden, betonte Schwesig.

In den vergangenen Tagen hatten mehrere Branchen die Sorge geäußert, abgehängt zu werden, darunter Tourismus, Veranstalter und Zoos. „Ich kann die Sorgen dieser Branchen und aller Bürger verstehen. Wir nehmen das sehr ernst“, sagte Schwesig. „Viele waren schon durch Corona zu Schließungen gezwungen, das steckt ihnen heute noch in den Knochen.“

Als möglichen Ausweg aus der drohenden Krise nannte Schwesig vor allem die Anlandung von Flüssiggas (LNG) in Lubmin. Dort will das Unternehmen Regas ab Dezember LNG mit Shuttleschiffen von großen Tankern durch den flachen Greifswalder Bodden nach Lubmin bringen, dort in Erdgas umwandeln und ins bestehende Pipelinennetz einspeisen.

Damit dieses Projekt möglichst schnell und glatt umgesetzt werden kann, hat die Landesregierung eine Arbeitsgruppe mit Staatskanzleichef Patrick Dahlemann an der Spitze eingesetzt, die am Mittwoch erstmals zu-

sammenkommen soll.

Agenturchef Müller betonte die Bedeutung Lubmins bei der Sicherung der deutschen Gasversorgung: Die Nordseehäfen seien für die Anlandung von LNG zwar grundsätzlich besser geeignet, aber der unschlagbare Vorteil von Lubmin sei die Hinterlandanbindung an die großen Gasleitungen, die eigentlich das Gas aus den Pipelines Nord Stream 1 und 2 abtransportieren sollen.

Daher will der Bund in Lubmin auch ein schwimmendes LNG-Terminal installieren, das noch einmal etwa die gleiche Menge Gas annehmen kann wie das Projekt von Regas. Insgesamt könnten dann in Lubmin fast zehn Milliarden Kubikmeter Gas jährlich eingespeist werden.

Vor der Kabinettsitzung waren auch Überlegungen bekannt geworden, dass MV insgesamt als einer der ersten Abnehmer von der Gasversorgung abgekoppelt werden könnte, sollten sowohl die Lieferungen aus Russland ausbleiben und gleichzeitig das Regas-Projekt nicht rechtzeitig fertig werden. Dann müsste das gesamte Gas aus Richtung Westen kommen. MV wäre so am Ende der Kette und müsste als erstes Land in die Röhre schauen, hieß es.

Diese Frage beantwortete Müller ausweichend: „Die Bundesnetzagentur fühlt sich ganz Deutschland verpflichtet, keine Region soll benachteiligt werden.“ Jedes Land habe es auch selbst in der Hand: Je mehr Gas vor Ort gespart werde, umso mehr stehe zur Verfügung.

Gespart werden könnte laut Müller alleine schon durch eine verbesserte Einstellung von Gasheizungen. „Einer Studie zufolge ist die Hälfte aller Gasbrennkessel nicht optimal eingestellt. Hier gibt es ein Einsparpotenzial von 10 bis 15 Prozent.“

Allerdings gebe es in MV wohl nicht ausreichend ausgebildete Handwerker für diese Arbeit. Die Landesregierung will daher laut Schwesig gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden ausloten, wie kurzfristig weitere fortgebildet oder umgeschult werden können.

Zitat-Text:

”Ich kann die Sorgen dieser Branchen und aller Bürger verstehen. Wir nehmen das sehr ernst.”
- Manuela Schwesig, (SPD)Ministerpräsidentin von MV

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 03.08.2022 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 19.084 | Reichweite: 37.417

👤 Uwe Reißenweber

Schon Ende Dezember Flüssiggas aus Lubmin?

Deutsche Regas hat ehrgeizige Pläne / LNG-Terminal soll Investorenmodell werden

Mein Haus, mein Boot, mein LNG-Terminal: In das bei Lubmin geplante private Flüssiggas-Terminal können auch Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern investieren. Die Sache hat allerdings einen kleinen Haken: die Investitions-Untergrenze, die das Unternehmen Deutsche Regas festgesetzt hat. Bislang sind handverlesene Investoren mit im LNG-Boot, später soll der Anleger-Kreis mit einem Fonds erweitert werden. „Wenn jemand unbedingt eine Million Euro einbringen möchte, dann kann er das“, sagt Aufsichtsratschef Stephan Knabe. Denn genau dort liege die Untergrenze. Regas will laut Knabe 100 Millionen Euro in das Projekt investieren, Kredite oder Staatsbürgschaften wolle man nicht in Anspruch nehmen.

Schon Ende dieses Jahres soll das Terminal einsatzbereit sein. Zugleich plant der Bund eine weitere Anlage, die aber erst Ende 2023 in Betrieb gehen soll. Vorher jedoch müssen noch umfangreiche Antragsunterlagen eingereicht werden. Heute tagt in Schwerin eine Interministerielle Arbeitsgruppe zu den Anträgen.

Dabei geht es auch um die Sicherheit – beispielsweise um die des atomaren Zwischenlagers Nord (ZLN), das seinen Standort ebenfalls bei Lubmin hat. Aufsichtsbehörde für das Atom-Klo ist das Umweltministerium in Schwerin. Dem liegen trotz des ehrgeizigen

Zeitplanes für diesen speziellen Aspekt aber noch keine vollständigen Untersuchungsergebnisse vor. „Die Frage der Sicherheit des ZLN ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für das LNG-Terminal zu prüfen und zu bewerten. Dazu sind von der Vorhabensträgerin entsprechende Unterlagen einzureichen“, sagt Umwelt- und Strahlenschutzminister Till Backhaus (SPD). Das habe man der Regas auch mitgeteilt.

Aufsichtsratschef Knabe sieht das gelassen. Die Unterlagen und Analysen würden folgen, nachdem man jüngst einen Antrag für das gesamte Vorhaben vorgelegt habe. Dabei handelt es sich gewissermaßen um eine Absichtserklärung. Bei der Akademie für Schiffssicherheit in Warnemünde sei eine Risikoanalyse in Auftrag gegeben, so Knabe. Die Akademie bestätigte das gegenüber unserer Redaktion.

Knabe geht unterdessen schon mal davon aus, dass weder das Zwischenlager Nord auf das Terminal noch das Terminal einen Einfluss auf das Zwischenlager haben wird. Beide seien viel zu weit voneinander entfernt. Genau genommen: 30 Kilometer, denn die Regas plant ein riesiges LNG-Schiff in der Ostsee vor Lubmin als Terminal. Von dort aus sollen dann Shuttle-Schiffe das Gas nach Lubmin bringen.

AKW kann nicht mehr ans Netz gehen

Technik: Der Rückbau des Atomkraftwerks in Grafenrheinfeld ist schon soweit fortgeschritten, dass eine Wiederinbetriebnahme ausgeschlossen ist. 475 Menschen legen die Anlage Stück für Stück auseinander.

Grafenrheinfeld - In der Diskussion um eine mögliche Energieknappheit lautet ein Vorschlag, die letzten drei laufenden Atomkraftwerke in Deutschland länger als geplant am Netz zu lassen. Der Meiler in Grafenrheinfeld kommt in der Debatte nicht vor. Aus gutem Grund: Denn der Rückbau des 2015 stillgelegten Kraftwerks ist soweit fortgeschritten, dass es die Stromproduktion schon aus technischen Gründen gar nicht mehr aufnehmen kann.

Denn die 2018 begonnenen Arbeiten sind bereits an die Herzstücke herangerückt: Der kugelförmige Sicherheitsbehälter ist nicht mehr intakt, weil seine meterdicke Hülle durchbohrt worden ist, um einen Lastenaufzug einzubauen, damit die demontierten Teile leichter abzutransportieren sind.

„Rückbauarbeiten irreversibel“

Und auch die Einbauten des Reaktordruckgefäßes, in dem die atomare Kettenreaktion und mit ihr die Freisetzung der Energie stattgefunden hat, werden bereits zerlegt. „Die Rückbauarbeiten im Kontrollbereich sind irreversibel“, bestätigte eine Sprecherin des Betreibers Preussen-Elektra der Redaktion. Dazu komme, dass die Hälfte aller Komponenten im Werk still gesetzt worden sei. Auch Sicherheits- und Kühlsysteme seien „endgültig außer Betrieb genommen“ worden. Im Frühjahr 2021 sei bereits die Brennelementelademaschine zerlegt worden. Sprich: Man kann die Anlage gar nicht mehr mit Brennstoff bestücken.

Wie es von Preussen-Elektra heißt, liege man derzeit im veranschlagten Zeitplan. Nachdem die Jahre nach der Abschaltung eher den vorbereitenden Maßnahmen wie der Freiräumung von Gebäudeteilen als Lagerflächen gedient haben, sei man 2021 in den tatsächlichen Rückbau eingestiegen. Derzeit befinde man sich in der Phase „Rückbau der Großkomponenten“. Dabei handelt es sich zum Beispiel um den Primärkreislauf der Anlage und die Hauptkühlmittelpum-

pen, die bereits entfernt worden sind.

475 Menschen arbeiten derzeit daran, die Anlage Stück für Stück auseinanderzulegen. 2600 Tonnen Material sind demnach schon ausgebaut worden. Das entspreche etwa acht Prozent der kompletten Masse. Nach dem Rückbaukonzept sollen möglichst viele Materialien, wie etwa Metall oder Betonteile, in den Recycling-Kreislauf zurückgeführt werden. Dazu werden die Teile aus dem Kontrollbereich „freigemessen“. Das heißt: Sie gelten als unbedenklich, wenn sie eine Strahlung von zehn Mikrosievert pro Jahr nicht überschreiten. Gerade dieses Verfahren hat dem Betreiber viel Kritik von Atomkraftgegnern eingebracht. Im Übrigen hat der Bund Naturschutz seine Klage gegen die Rückbaugenehmigung laut Veröffentlichung von Preussen-Elektra zurückgenommen. Reste, die nicht wiederverwertet werden können, müssen anderweitig entsorgt werden. So landeten inzwischen 117 Tonnen Abfall, wie zum Beispiel Asbest, auf der Deponie Rothmühle im Landkreis Schweinfurt und 17 Tonnen im Schweinfurter Müllheizkraftwerk.

Abfall, an dem sich noch nukleare Anhaftungen befinden, muss separat behandelt und gesammelt werden: Er kommt in Container, die in das 2021 in Betrieb genommene Zwischenlager AZR in Grafenrheinfeld gestellt werden. Dort befinden sich aktuell 75 Gebinde mit 115 Tonnen radioaktiven Mülls; ihre Zahl wird stetig zunehmen. Der Müll soll in Zukunft ins dafür vorgesehene Endlager im Schacht Konrad bei Salzgitter gebracht werden. Neben dem AZR in Grafenrheinfeld steht das Zwischenlager BZR für die in Castoren eingeschlossenen und hochradioaktiven Brennelemente. Für diese Stoffe gibt es noch kein Endlager.

Rückbau läuft bis 2035

Der Zeitplan sieht vor, dass der Rückbau im Jahr 2033 beendet sein soll und nur noch die Rohbauhüllen der Gebäude stehen. Sollten sie abgerissen werden, soll

dies bis 2035 erledigt sein. Zuvor steht aber noch die geplante Sprengung der Kühltürme nach dem Vorbild des abgebauten AKW Philippsburg bei Karlsruhe an. Ein Projektteam ist demnach dabei, die Sprengung vorzubereiten. Vier Jahre hat die Vorbereitung in Phil-

ippsburg gedauert. So lange werde man wohl auch in Grafenrheinfeld brauchen, heißt es von Preussen-Elektra. Das bedeutet: Das Spektakel könnte 2025 stattfinden.